

Pressemitteilung vom 13.12.2024

FDP und CDU wollen Klimaschutzmanagement nicht verlängern

In der Hauptausschusssitzung am Donnerstag 12.12.2024 stand das Thema Verstetigung des Klimamanagements auf der Tagesordnung. Überraschend haben sich in dieser Sitzung die Ausschussmitglieder von FDP und CDU gegen die Beantragung der Anschlussförderung ausgesprochen. GRÜNE und SPD stimmten dafür. In einer kontroversen Diskussion stellten FDP und CDU klar, dass sie für Klimaschutz wären, stellten aber finanzielle Gründe für ihre Ablehnung in den Vordergrund. Grünen-Ratsfrau Sonja Kruse, warb für die Weiterführung des angefangenen Weges, da ohne Fachpersonal das Klimaschutzkonzept nur schwer in die Ausführung gelangt. An dem Konzept haben viele mitgearbeitet, es hat Geld gekostet und noch mehr Zeit. Nun ist zu befürchten, dass es in einer Schublade landet. Die Hauptausschussvorsitzende Anke Thomsen (GRÜNE) stellte in einem persönlichen Statement die von FDP und CDU vorgebrachten finanziellen Gründe infrage. Man sage wohl, man wolle Klimaschutz aber kosten dürfe er dann nichts. Dabei sei klar, dass Investitionen in den Klimaschutz nicht nur finanziell sinnvoll seien, da die Folgen des Klimawandels deutlich teurer seien als die Kosten des Klimaschutzes, sondern auch die Lebensqualität erhalten würden. So hat das Starkregenereignis Ende Juli uns sehr deutlich gezeigt, dass auch Quickborn mehr für den Schutz des Klimas tun muss. Nach Auffassung der Grünen ist für die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts eine Klimamanagerin, die sich bereits mit Quickborn und seinen Strukturen vertraut gemacht hat, unverzichtbar.

Die Stelle des Klimaschutzmanagements wurde 2020 mit einem einstimmigen Beschluss der Ratsversammlung geschaffen. Die Klimamanagerin arbeitet seit 1 1/2 Jahren an einem Klimaschutzkonzept für Quickborn. Dabei hat sie auch die in der Ratsversammlung vertretenen Parteien und die Öffentlichkeit in Teilnehmungsworkshops mit einbezogen. Das Konzept steht kurz vor der Fertigstellung und soll im Januar 2025 in die politische Beratung gegeben werden. Am 4.3.2025 soll die öffentliche Vorstellung in Quickborn erfolgen.

Wie die Verwaltung in ihrer Begründung für die Verlängerung des Vertrages anführt, ist um die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs durchführen zu können, auch weiterhin qualifiziertes Personal und Fachwissen erforderlich. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) stellt in diesem Zusammenhang über die Nationale Klimaschutzinitiative eine Anschlussförderung über drei Jahre zur Verfügung. Voraussetzung für die Anschlussförderung ist eine für den Förderzeitraum befristete Stelle. Gefördert werden nicht nur die Personalkosten, sondern auch zusätzlich Kosten im direkten Bezug zu den Aufgaben des Klimaschutzmanagements und einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Die Anschlussförderung muss bis zum 31.1.2025 beantragt werden.

Nun werden die Mitglieder der Ratsversammlung am Montag, den 16.12.2024 ab 18 Uhr das letzte Wort haben.

Anke Thomsen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Quickborn
Fraktionsvorsitzende